

# „G&K 28.11.11“ Wer später stirbt, ist länger arm“

Linke diskutieren über Altersarmut und die Gleichstellung von Mann und Frau

Von Victor Francke

**BAD NEUENAHN.** „Mein Ziel ist es, im Kreis Ahweiler eine kleine Frauenbewegung ins Leben zu rufen.“ – Marlon Morassi, Kreis-

sprecherin der Linken, hat sich große Ziele gesetzt. Zu ihrer Veranstaltung „Ist Armut weiblich?“ kamen indes nur wenige Interessierte. Dabei hätte das Thema durchaus mehr Zulauf verdient gehabt. Zumal mit den beiden Bundestagsabgeordneten Cornelia Möhring und Kathrin Senger-Schäfer durchaus kompetente Sozialpolitikerinnen der Links-Fraktion referierten und Rede und Ant-

wort standen. Frauen haben das höhere Armutsrisiko, erklärte Möhring in den Bad Neuenahrer Bahnhofstuben. Die Lohnunterschiede seien nach wie vor gewaltig: Männer verdienen in denselben Jobs rund 25 Prozent mehr.

Nicht durchgängige Erwerbsbiografien trügen ihren Teil dazu bei, dass vor allem Alleinerziehende später das Alter in Armut verbringen müssten. „Wenn Oma früh zur Arbeit geht“, sei keine böse Zukunftsvision, sondern längst Alltag für viele Senioren, die ansonsten nicht mehr über die Runden kämen. Motto: „Wer später stirbt, ist länger arm.“

Kinder würden schon längst als

Armutsrisiko gelten. In anderen Ländern sei die außerfamiliäre Kinderbetreuung weitaus besser organisiert und finanziert. Arbeit und Zeit, so Kathrin Senger-Schäfer, müssten in Deutschland umverteilt werden. Ziel müsse sein, eine Gesellschaft zu schaffen, „in der wir alle mehr Teilzeit- und weniger Vollzeit arbeiten“. Es gelte, „sehr effektive Arbeitsverhältnisse auf partnerschaftlichen Ebenen“ zu verwirklichen. In den skandinavischen Ländern sei es für die Frauen kaum mit Problemen verbunden, Arbeit und Familie unter einen Hut zu bringen. Seit der Adenauer-Ära gebe es in Deutschland jedoch eine „organisierte

Mütterlichkeit“. Soll heißen: Die Denke, eine Frau gehöre an der Herd, sei aus den Köpfen der Deutschen längst nicht verbannt.

Senger-Schäfer und Möhring forderten „knallharte gesetzliche Verpflichtungen zur kompletten Gleichbehandlung von Mann und Frau“.

Um Altersarmut vorzubeugen plädierten sie für eine Einheitsrente (900 Euro) und für ein Sozialversicherungssystem, in das alle einzahlen müssten, inklusive derjenigen, die über hohe Vermögen verfügen und Spekulationsgewinne erzielen. Außerdem sei ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn unabdingbar.